

## Feminismus

# Frauen-Kurzmeldungen Januar 2014

Von Barbara Schulz | 29. Januar 2014

Frauen-Kurzmeldungen Januar 2014

Quote?

Der Anteil der Frauen in den Vorständen der Dax-Unternehmen ist eigentlich vernachlässigbar. Nach Statistik haben die 30 größten Unternehmen etwa 7 % Frauen im Vorstand. Dabei soll der Anteil sogar geschrumpft sein, von 7,8 auf 6,3 %, d. h. unter 191 Vorstandsmitgliedern befinden sich 12 Frauen.

Frauen-Kurzmeldungen Januar 2014

Quote?

Der Anteil der Frauen in den Vorständen der Dax-Unternehmen ist eigentlich vernachlässigbar. Nach Statistik haben die 30 größten Unternehmen etwa 7 % Frauen im Vorstand. Dabei soll der Anteil sogar geschrumpft sein, von 7,8 auf 6,3 %, d. h. unter 191 Vorstandsmitgliedern befinden sich 12 Frauen.

Für die Aufsichtsräte sieht es etwas besser aus, da sollen von 488 Sitzen 107 mit Frauen besetzt sein, das sind immerhin 22 %. Allerdings hinkt die Arbeitgeberseite etwas hinterher, aber wenn sich die 30 %-Quote durchsetzt, werden sich die „Headhunter“ in bisschen anstrengen müssen. Ab 2016 wird es ernst für Neubesetzungen. „Die Welt“ macht sich schon Sorge um den in der Verfassung verankerten Schutz des Eigentums. Und die „Alphafrauen“ werden um den Stolz auf die eigene Leistung gebracht.

Quote?

Der Anteil der Professorinnen an den Hochschulen hat sich von 1992 mit 6,5 % auf 19,9 % im Jahre 2011 gesteigert. Allerdings gehören sie auch hier nicht zu den Bestverdienenden. Ihr Anteil an der höchsten Besoldungsstufe C4/W3 beträgt 15,6 %, der der Männer 38,6 %. So sind auch 24,3 % der Professorinnen, aber nur 16,3 % der Professoren befristet angestellt. Von den Männern sind 5 % teilzeitbeschäftigt, bei den Frauen sind es 10,4 %.

Dennoch zeichnet sich ein Fortschritt ab, es dauert halt!

EU

Die Schnecke Fortschritt in Fragen der Frauenrechte hat mal wieder den Rückzug ins Schneckenhaus angetreten. Das EU-Parlament wies einen Antrag zurück, der Frauen das Recht auf „sichere und legale Schwangerschaftsunterbrechung“ gewähren sollte, zudem einen obligatorischen Sexualkundeunterricht für Mädchen und Jungen vorsah. Stattdessen bleiben in diesen Fragen die einzelnen EU-Staaten zuständig.

Vor diesem Hintergrund konnte das Kabinett der konservativen Regierung in Spanien einen Gesetzentwurf beschließen, der von der bestehenden Fristenlösung wieder zu einer Indikationslösung führen soll, einer Indikationslösung, die den Abbruch nur bei Vergewaltigung, bei schwerer gesundheitlicher Gefahr für das Leben der Mutter, nicht aber bei Missbildung des Fötus erlauben soll. Strafe wird nicht mehr den Frauen,

sondern denjenigen angedroht, die den Abbruch ausführen. Es gab sofort Aktionen beider Seiten auf der Strasse.

Die Vermutung liegt nahe, dass es wieder zu der Trennung zwischen den Wohlhabenden, die nach London oder Amsterdam zum Abbruch fahren können, und denen, die zu anderen Mitteln greifen müssen, die wie mensch seit Jahrhunderten weiß, Gefahr für Leib und Leben der Frau bedeuten. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Parlament dem Gesetz zustimmt, ist groß.

Nachsatz: Es wäre interessant zu wissen, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der Verschärfung der wirtschaftlichen Lage eines Landes und seinem Bedürfnis, die Rechte der Frauen, insbesondere im Bereich der Reproduktion, zu schmälern.

#### Prostitution

Zu der von Alice Schwarzer ausgelösten Debatte über ein Verbot der Prostitution passt eine Parlamentsentscheidung in Frankreich. In erster Lesung wurde Anfang Dezember 2013 einer Gesetzesvorlage zugestimmt, die die Käufer von Sex mit einer Geldstrafe von 1.500 Euro, im Wiederholungsfall von 3.750 Euro belegt. Bisher droht der Sexarbeiterin für das Anwerben von Freiern eine entsprechende Strafe. Für die Vorlage stimmten Sozialisten, Kommunisten, Teile der Linkspartei, auch Zentrumsdemokraten. Interessant ist die hohe Zahl der abwesenden Abgeordneten. Von 577 Abgeordneten stimmten: dafür 268, dagegen 138, Enthaltungen 79, 92 Abgeordnete waren abwesend. Die Zustimmung des Senats wird erwartet.

Alice Schwarzer sieht hier ein Vorbild. Zwar sei das Bewusstsein in Deutschland noch nicht so weit, hier sähe mensch Prostitution als normale Dienstleistung. Dennoch bleibt es ein Problem, das nicht einfach mit ja oder nein beantwortet werden kann. Die neue Koalition in der Bundesrepublik will künftig gegen Männer vorgehen, die „willentlich und wissentlich“ die Notlage einer Frau ausnutzen. Auch Bordelle sollen sorgfältiger kontrolliert werden. Dass sich strafbar macht, wer die Hilflosigkeit einer Person ausnutzt, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wichtig ist, dass die Ausstiegsmöglichkeiten für betroffene Frauen verbessert werden.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 29. Januar 2014  
in der Kategorie: **Feminismus**, **RSB4**.